

Die deutsch-französische Zusammenarbeit: ein Impulsgeber für soziale Integration in Europa

Sebastian Hass und Yoan Vilain¹

Die anhaltende Skepsis gegenüber den Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung, die sich besonders anlässlich des französischen Referendums über den EU-Verfassungsvertrag zeigte, lässt es dringend notwendig erscheinen, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie diesen Sorgen und Ängsten ebenso wie den erstarkenden nationalistischen Strömungen in vielen Ländern begegnet werden kann. Derartige rückwärtsgewandte Tendenzen gewinnen zunehmend an Einfluss, zuletzt etwa im französischen Präsidentschaftswahlkampf, im Vorfeld der Wahlen zum eidgenössischen Bundesrat oder auch im Rahmen der in Deutschland geführten Debatte um eine Leitkultur. Dieser Rückzug ins nationale Denken - oder wie es der Politologe Vincent Tiberj formulierte: diese „übermäßige Fixierung“ („crispation identitaire“) der Gesellschaft auf Fragen der Immigration und Integration - kann keinesfalls eine zufriedenstellende Antwort auf die Ängste der Europäer vor einem Europa sein, das ihnen bürgerfern erscheint und dessen Vorteile sie kaum wahrnehmen. Die Herausforderung der Europäischen Union liegt also vor allem darin, das Vertrauen ihrer Bürger wiederzugewinnen. Hier stellt sich die Frage, ob die deutsch-französische Achse einen sinnvollen Beitrag dazu leisten kann und welche Form ein solcher Beitrag haben könnte. Welche Vorschläge gibt es bereits, was ist die Besonderheit und worin liegt der Mehrwert eines deutsch-französischen Ansatzes, mit dem den geschilderten Ängsten und Besorgnissen begegnet werden kann?

Von den derzeit diskutierten deutsch-französischen Projekten erscheint uns eines besonders beachtenswert: Die Regierungen beider Staaten haben sich im Rahmen ihrer sechsten gemeinsamen Kabinettsitzung am 14. März 2006 auf einen umfassenden Austausch- und Abstimmungsprozess zu den Themen Integration und Chancengleichheit verständigt. Zielgruppe dieses Prozesses, der einen vielfältigen Austausch über so genannte „good practices“ in verschiedenen Themenbereichen anregen soll, sind vor allem Jugendliche, denen ungeachtet ihrer Herkunft und ihres sozialen Umfeldes neue Zukunftsperspektiven eröffnet werden sollen. Hierbei spielt vor allem eine Förderung der Mobilität eine große Rolle. Darüber hinaus hat dieses Projekt eine europäische Dimension; seine Grundidee spiegelt sich in der Kampagne der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit wider, das am 19. November 2007 in Lissabon endete. Zu den aus diesem Anlass angestoßenen Projekten zählte auch der erste Europäische Gipfel zur Chancengleichheit, der von der deutschen Ratspräsidentschaft ausgerichtet wurde. Dieser Gipfel wird während der französischen Präsidentschaft in diesem Jahr, dem Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs, wiederholt werden. Und gerade in einem solchen kreativen Beitrag zum interkulturellen Dialog liegt die große Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Das Projekt einer Förderung von Integration und Chancengleichheit wurde im Rahmen des siebten und des achten deutsch-französischen Ministerrats fortgeführt. Bei der künftigen Entwicklung müssen beide Ländern jedoch darauf achten, dass sich der Ansatz nicht allein auf Fragen der Integration junger Immigranten bzw. Jugendlicher mit Migrationshintergrund beschränkt. Zudem müssen die Themen Integration und Maßnahmen gegen illegale Einwanderung klar voneinander getrennt werden. Die Verantwortlichen sollten sich nach unserer Auffassung verstärkt mit der Frage der Integration sozial schwacher Bevölkerungsschichten befassen, um diesen einen sozialen Aufstieg aus dem Milieu der Prekarität zu ermöglichen.

Zu den genannten Herausforderungen an das deutsch-französische Tandem im Bereich Integration und Chancengleichheit gesellt sich eine weitere: die Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen sowie deren Öffnung für jene Teile der Bevölkerung, die bisher nicht daran teilhaben. Gelänge es mit Hilfe verschiedener Maßnahmen, das Interesse dieser Bevölkerungsschichten für das jeweils andere Land zu wecken, wäre eine Wiederbelebung der Beziehungen zwischen beiden Ländern möglich, die zugleich Instrumente für einen sozialen Aufstieg liefern könnte. Hierin besteht unser zentrales Anliegen: die Demokratisierung der deutsch-französischen Beziehungen, durch die diese eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung sozialen Aufstiegs erlangen und ein Pfeiler der europäischen Integration bleiben können.

¹ Sebastian Hass ist International Network Correspondent bei Publicis Consultants. Yoan Vilain ist Doktorand an der Universität Paris I und am Centre Marc Bloch.

Verschiedene Vorschläge zum Erreichen dieses Ziels wurden im Rahmen der deutsch-französischen Initiative „Integration und Chancengleichheit“ bereits formuliert. Einige von ihnen möchten wir hier intensiver beleuchten. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Förderungsvorschläge mit dem Ziel, Motivation zu wecken und zugleich Strukturen zu schaffen, die eine Realisierung von Projekten auch ermöglichen. An einem Beispiel aus dem beruflichen Feld sowie einem Fall aus dem Bereich Kultur möchten wir diese Strategie darstellen.

Im Bereich des Arbeitsumfeldes schlagen wir eine Verlängerung des Leistungsanspruchs bei der Arbeitssuche im europäischen Ausland auf sechs Monate statt der bisher üblichen drei Monate vor. Art. 64 der Verordnung 883/2004 des EU-Parlaments und des Rates zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme sieht eine solche Verlängerung auf sechs Monate nur im Ausnahmefall vor. Dem widerspricht die Erkenntnis, dass es einem Arbeitssuchenden innerhalb von drei Monaten kaum möglich ist, eine vorübergehende Unterkunft im Gastland zu finden, die administrativen Hürden zu bewältigen und sich dem Arbeitsmarkt des Mitgliedstaats hinreichend anzupassen. Die Regelung sollte nicht nur denjenigen dienen, die ohnehin über das nötige Beziehungsgeflecht und die Fähigkeiten verfügen, binnen kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz zu finden, sondern auch die Arbeitssuchenden ermutigen, denen derartige Möglichkeiten und Ressourcen nicht gegeben sind. Auf Arbeitssuche zu gehen, seine Heimatregion und sein Land zu verlassen, gegebenenfalls eine zeitweise Trennung von der Familie in Kauf zu nehmen, stellt ein Risiko dar, bedeutet Kosten und eine hohe persönliche Einsatzbereitschaft. Diese gilt es zu honorieren, wenn man eine erhöhte Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt erreichen und ihn allen Bewerbern zugänglich machen möchte. Eine verstärkte deutsch-französische Partnerschaft in diesem Bereich könnte als Prototyp dienen, aus dessen positiven und negativen Erfahrungen andere Staaten lernen können. Umso unterstützenswerter erscheint dieses Projekt, als in beiden Ländern ohnehin Fachkräfte fehlen. Bereits 2004 unterstrich dies auch die damalige französische Europaministerin Noëlle Lenoir anlässlich der ersten deutsch-französischen Konsultationen zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie: Die Zahl der Arbeitsplätze in Frankreich, die aufgrund mangelhafter Deutschkenntnisse nicht besetzt werden konnten, wurde auf 50 000 bis 140 000 geschätzt.

Im Gegenzug zu einer Verlängerung der Leistungsbezüge müssten sich ausländische Arbeitskräfte zur Teilnahme an Sprachkursen verpflichten. Dies unterstützt nicht nur eine berufliche, sondern auch die kulturelle und soziale Integration im Gastland. Sogar im Falle einer erfolglosen Arbeitssuche könnte der Bewerber bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt seines Heimatlandes von dieser Verbesserung seiner Sprachkenntnisse profitieren. Erinnert sei an dieser Stelle an die 2700 in Frankreich ansässigen deutschen Firmen sowie an die 1400 französischen Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik. Die gemeinsame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer Annäherung der Europäischen Union an ihre Bürger, wäre eine Herausforderung, auf welche Deutschland und Frankreich eine neue und kreative Antwort geben könnten. Dieser Ansatz ließe sich beispielsweise in das Programm „Transnationale Projekte und Qualifikationsmaßnahmen zur Förderung des Berufseinstiegs“ integrieren, das vom Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) initiiert wurde und aus Mitteln des europäischen Sozialfonds finanziert wird.

Ein weiterer Vorschlag, bei dessen Realisierung nach unserer Ansicht auf die Arbeit des DFJW zurückgegriffen werden kann, ist der eines deutsch-französischen Volontariats bzw. Zivildienstes. Dieses Projekt, das anlässlich des siebten deutsch-französischen Ministerrats am 12. Oktober 2006 thematisiert wurde, könnte die Basis für eine echte europäische Sozialisation sein. Über die Vorteile des Spracherwerbs hinaus gäbe ein Volontariat jungen Menschen, die nach ihrem Schulabschluss noch unschlüssig über ihren beruflichen Werdegang sind, die Möglichkeit, gemeinnützige Aufgaben wahrzunehmen. Ein solches Projekt würde sowohl die Berufsorientierung der Teilnehmer als auch die europäische Integration unterstützen. Seine Umsetzung würde auch die etwa 2200 bestehenden Städte- und Gemeindepартnerschaften mit neuem Leben erfüllen. Wenngleich eine solche Maßnahme wohl nur einige hundert junge Menschen pro Jahr betreffen würde, so könnte sich auch diese Initiative zu einem Prototyp eines europäischen Volontariats entwickeln, wie es etwa vom European Volunteer Center gefordert wird.

Der genannte Vorschlag macht deutlich, dass eine der Stärken der deutsch-französischen Partnerschaft in den Strukturen des DFJW zu finden ist: Dessen Kompetenz und Erfahrung ermöglichen es, derartige Projekte vor ihrer europaweiten Anwendung auf bilateraler Ebene zu testen. Schließlich waren es auch das DFJW und die Stiftung Genshagen, die im Jahr 2006 ein deutsch-französisches Netzwerk zur Förderung der Chancengleichheit und Integration aufbauten. Sein Ziel ist der Austausch von so genannten „good practices“ auf lokaler und regionaler Ebene und die Einrichtung einer Plattform für die Kommunikation

zwischen Akteuren aus dem Arbeitsbereich Integration. Zu nachhaltig positiven Ergebnissen wird man jedoch nur gelangen, wenn die Regierungen unserer beiden Länder die Voraussetzungen für die Umsetzung dieser „good practices“ schaffen.